

Pressemitteilung

"Der Countdown läuft - Chance für den Frieden jetzt nutzen"

"DINO vor Ort - Update Nahost" in Bethlehem und Jerusalem

3. Symposium der Deutschen Initiative für den Nahen Osten (DINO)

Für ein stärkeres Engagement der Bundesrepublik und der Europäischen Union im Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern setzt sich die Deutsche Initiative für den Nahen Osten (DINO) ein.

Nach sechstägigen Sondierungsgesprächen in der Region unter anderem mit Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas und Knesset-Abgeordneten ist die Initiative mit Mitgliedern aus Kirchenvertretern, Politikern und Journalisten zu der Überzeugung gelangt, dass gerade jetzt ein möglicherweise entscheidendes Zeitfenster für Friedenslösungen geöffnet ist.

Diese Chance müsse unbedingt genutzt werden, so der Sprecher der Initiative, Manfred Erdenberger, und der frühere deutsche Botschafter in Israel, Rudolf Dreßler. Sowohl für die amtierende israelische Regierung als auch für Präsident Abbas seien Erfolge bei den laufenden Friedensgesprächen eine politische Überlebensfrage. Die Initiative selbst wird zwei politische Projekte verfolgen, über die mit den Beteiligten zunächst Vertraulichkeit vereinbart wurde.

Die Bundesregierung habe in der Region auf beiden Seiten einen guten Ruf. Dies sei eine hervorragende Ausgangslage, um in Kontakt mit allen Beteiligten Bewegung in den Friedensprozess zu bringen. Dazu sei die Nahost-Sicherheits-Konferenz im Juni in Berlin eine Gelegenheit, die nicht ungenutzt bleiben dürfe.

Die Initiative ruft die Bundesregierung dazu auf, die Kontakte zu allen Beteiligten in der Region zu verstärken und auch Länder wie die Türkei mit ihren guten Verbindungen einzubinden.

Präsident Abbas und Verhandlungsführer Ahmad Qurei (Abu Alaa) haben gegenüber der Initiative trotz der schwierigen Ausgangssituation "vorsichtigen Optimismus" geäußert. Der Frieden sei möglich, erklärten sie übereinstimmend. Sie hätten Israel gegenüber aber auch deutlich gemacht, dass die Zeit ein entscheidender Faktor sei - ja, man sei in einem "Wettlauf mit der Zeit". Die Menschen im Westjordanland und in ganz Palästina müssten Erfolge und eine Erleichterung ihrer Situation erkennen können, damit sie die Friedensbemühungen der Fatah weiter unterstützten.

Präsident Abbas betonte gegenüber der DINO-Delegation, eine internationale Friedenstruppe unter europäischer Führung sei von großer Bedeutung für den Prozess. Diese Friedenstruppe könnte die Sicherheitsbelange beider Seiten garantieren und einen Verhandlungserfolg stark unterstützen.

Auch auf israelischer Seite würde der Einsatz einer internationalen Friedenstruppe teilweise begrüßt und unterstützt. Der frühere Industrieminister und heutige Knesset-Abgeordnete Ran Cohen sowie der frühere israelische Botschafter in der Bundesrepublik, Avi Primor, äußerten sich zustimmend. Dies sei zumindest ein Weg, die Wahrung der unabdingbaren Sicherheitsaspekte Israels nachhaltig zu flankieren. Die Truppe müsste nach Auffassung Primors ein robustes Mandat haben und Sicherheit erzwingen können. Nach den zahllosen Anschlägen der Vergangenheit, sei die Sicherheitslage für die israelischen Bürger von entscheidender Bedeutung.

Vor dem Hintergrund dieser Diskussionen hat sich die Initiative ein Bild von der der Mauer und den israelischen Sperranlagen machen können. Sie versteht die Argumente Israels für die Errichtung der Anlagen und die Hinweise darauf, dass seit ihrer Errichtung die Zahl der Anschläge drastisch gesunken ist. Insofern sei Israel grundsätzlich beizupflichten.

Die Initiative hat aber zugleich den Eindruck gewonnen, dass der Verlauf des Zauns häufig nicht unter Sicherheits-, sondern unter Landnahme-Aspekten geplant worden ist. Vor allem die Bewohner des Westjordanlandes werden auf weiten Strecken teilweise erheblich benachteiligt und zusammen mit einer Vielzahl von Checkpoints - auch fern der Grenze zu Israel- in der Bewegungsfreiheit und damit beim wirtschaftlichen Austausch gravierend beeinträchtigt.

DINO setzt sich deshalb dafür ein, dass Bundesregierung und EU diese Argumente bei Gesprächen mit Israel deutlich machen und zu einer Revision aufrufen.

Die Initiative hat sich auch intensiv über die schwierige Lage der christlichen Gemeinschaften im Nahen Osten unterrichtet. Die sieben Mitglieder von DINO haben auf ihrer Reise mit Vertretern von Politik, Gesellschaft und der Kirchen im Westjordanland und in Israel gesprochen. Unter ihnen waren auch der frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Manfred Kock, sowie der katholische Geistliche Msgr. Martin Hülskamp.

Der Nahost-Konflikt sei zwar kein religiöser Konflikt, aber Religion spiele im "realen Lebensvollzug der Menschen" eine zentrale Rolle, so der Bischöfliche Offizial in Münster, Monsignore Martin Hülskamp. Die einheimischen

Christen seien mittlerweile zu einer kleinen Gruppe zusammengeschrumpft, die "auf der Kippe zwischen Phlegma und Auswanderung" stehe.

Die Abwanderungsbewegung zu stoppen sei nicht nur im Interesse der Ortskirchen, für die es sich dabei um eine echte Überlebensfrage handle: Die reale christliche Präsenz im Heiligen Land bedeute auch für die restliche Welt einen "kurzen Weg innerer Verbundenheit" zu der Krisenregion. Das "einzigartige politisch-religiöse Biotop" im Heiligen Land sei durch das drohende Wegfallen der Christen als kleiner aber bedeutsamer Gruppe zwischen Juden und Muslimen in Gefahr, als "Experimentierfeld" für den Weltfrieden auszufallen, so Hülskamp, der auch Diözesanvorsitzender des Deutschen Vereins vom Heiligen Lande in Münster ist.

Der frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Manfred Kock, bilanziert als evangelischer Vertreter der Initiative das "über das normale Maß hinausgehende Engagement" einzelner palästinensischer Christen, um die "langjährigen Leiden ihrer Mitmenschen trotz zahlloser Schwierigkeiten zu lindern".

So habe ihn das Beispiel der Chefarztin des Caritas Baby Hospitals, Dr. Hiyam Marzuka, beeindruckt, die eine "sichere Karriere in den USA aufgegeben" habe, um den Kindern in ihrer Heimat einen besseren Start in die Zukunft zu ermöglichen. Dieses Engagement entspringe einer "tiefen Verwurzelung im christlichen Glauben".

Gleichzeitig betonte Kock, die christlichen Kräfte müssten "religionskritisch" sein, um dem Missbrauch von Religion für die Begründung von Gewalt oder die Beanspruchung von Land entgegenzuwirken.

Der DINO-Delegation gehörten Manfred Erdenberger, Rudolf Dreßler, Martin Hülskamp, Manfred Kock, Jürgen Bremer sowie Ulrich Keudel von der Deutschen Telekom an. Vor Ort nahmen die DINO-Mitglieder Avi Primor und Dr. Mitri Raheb an dem Treffen teil.

Nachfragen an Jürgen Bremer: 0172/2537960